

Warum wir jetzt anfangen müssen, eine globale Antikrisenbewegung aufzubauen

Marvin Schutt

Kein Thema

hat in letzter Zeit unsere Gespräche, Gedanken und Social Media Feeds so geprägt wie das neuartige Coronavirus / Sars-CoV-2, kurz: Corona. Der von vielen Politiker_Innen proklamierte „Weg in eine neue Normalität nach Corona“ hat die Weltwirtschaft aufatmen lassen. Jedoch liefern die vielen Neuinfektionen für uns keinen Grund zum Aufatmen sondern eher für Schnappatmung! Wie unsere Gesundheit für die Profite der Konzerne auf's Spiel gesetzt wird, zeigt nicht zuletzt der massive Corona-Ausbruch beim Fleischproduzenten Tönnies. Dabei sind bereits eine halbe Millionen Menschen weltweit an oder mit Covid19 gestorben. Die Öffnungs- und Lockerungspolitik, die viele Länder auf Druck der Wirtschaft und der internationalen Konkurrenz durchgeführt haben, lässt eine 2. globale Infektionswelle nun immer näher kommen. So brechen neue Infektionsherde in China oder Lateinamerika aus und die Neuinfektionszahlen schnellen weltweit rasant an.

Marktwirtschaft failed

Die

Corona-Krise ist nur ein weiteres Beispiel dafür, wie die freie Marktwirtschaft nicht dazu in der Lage ist, die dringendsten Bedürfnisse der Menschheit (wie zum Beispiel nicht einer Covid19-Infektion zu sterben) zu befriedigen. Die Pandemie ist dabei jedoch nur der Auslöser und nicht die Ursache der Krise. Diese liegt weitaus tiefer in der kapitalistischen Produktionsweise selber. 2007/2008 ist sie in eine tiefe Absatzkrise geraten, sodass die Produktivität und die Investitionen massiv gesunken sind. Diese Krisenursachen wurden jedoch nicht behoben, sondern nur durch Niedrigzinspolitik und riesige Bankenrettungspakete abgefedert. Das Coronavirus ist nun die Nadel, die die riesige Blase gerade zum Platzen bringt. Weitere Fabrikschließungen, Massenentlassungen und Sparmaßnahmen werden bald international auf der Tagesordnung stehen.

Obwohl alle gerade von Solidarität reden, können wir eigentlich nur nationale Abschottung beobachten. Wer nur national beschränkte medizinische Krisenmaßnahmen ergreift, aber sich nicht für 20.000 von Corona bedrohte, auf der griechischen Insel Lesbos eingeschlossene und unter schlimmsten hygienischen Bedingungen lebende Geflüchtete interessiert, braucht uns nichts von Solidarität zu erzählen. Da eine Pandemie nicht vor Nationalstaatsgrenzen halt macht, bedeutet nationale Abschottung darüber hinaus auch immer eine Behinderung von wirksamen internationalen Schutzmaßnahmen oder der Entwicklung eines Impfstoffes. Und nicht nur das, nationale Abschottung bedeutet auch, dass die reichen imperialistischen Länder die ärmeren Ländern mit ihren schlechter ausgestatteten Gesundheitssystemen alleine lassen und somit eine weitere Ausbreitung der Infektionen in Kauf nehmen, solange es nicht auf dem eigenen Staatsgebiet passiert. Dabei wirkt es so, als wären die imperialistischen Länder nicht dafür verantwortlich, dass die Gesundheitssysteme in den ärmeren Ländern so schlecht ausgebaut sind. Durch Kolonialismus, Ausbeutung und erzwungene Sparmaßnahmen haben die imperialistischen Länder dem Rest der Welt jedoch die Möglichkeiten für einen adäquaten medizinischen Kampf gegen das Coronavirus genommen. Zuletzt stärkt nationale Abschottungspolitik auch immer ausgrenzende, nationalistische und rassistische Tendenzen im Bewusstsein der Leute, welche ja bekanntermaßen schon vor Corona stark an Fahrtwind dazugewonnen haben.

Nationalismus failed

Gleichzeitig feuert die nationalistische Politik auch die Konkurrenz zwischen den führenden imperialistischen Staaten an. Das sehen wir nicht nur am Wettlauf um die schnellsten Öffnungen und den wachsenden Spannungen in der EU sondern auch an einer erneuten Zunahme von militärischen Konflikten. So wird nicht nur der Polizeistaat nach innen ausgebaut sondern auch die Aggression nach außen verstärkt, wie zum Beispiel durch den aktuellen Angriffskrieg der Türkei auf die kurdischen Autonomiegebiete oder der Zuspitzung in Grenzkonflikten wie zwischen Indien und China sowie zwischen Süd- und Nordkorea.

In Deutschland konzentriert man sich vor allem darauf, die internationale Konkurrenz auszubooten, indem man fleißig Konjunkturpakete schnürt, um so den

Status des „Exportweltmeisters“ aufrechtzuerhalten. Dafür bekamen deutsche Unternehmen Kredite in Billionenhöhe quasi geschenkt. Ebenso das sogenannte „Kurzarbeitergeld“, welches eine weitere Millionensubvention für Unternehmen bedeutete, da die Lebensunterhaltskosten ihrer Belegschaften nun aus Steuergeldern und nicht aus der Konzernkasse finanziert werden. Für alle anderen, die leider keine Produktionsmittel besitzen, heißt es nun den Gürtel enger zu schnallen. Wer hier gerettet wird und wer dafür zahlen soll ist eine eindeutige Klassenfrage: Die Armen zahlen, damit die Reichen gerettet werden. Dies stellt eine massive Umverteilung von Steuergeldern von unten nach oben dar, sodass die Corona-Pandemie die ohnehin massive soziale Ungleichheit zusätzlich verstärkt hat. Dabei fragen wir uns, wo dieses ganze Geld auf einmal herkommt. Seit Jahrzehnten erzählen uns Finanzminister_Innen, dass Deutschland seine Staatsschulden abbauen müsse. Etliche Sozialkürzungsmaßnahmen, Bildungsabbau und Sparprogramme wurden mit dem Argument gerechtfertigt, die Neuverschuldung möglichst gering halten zu müssen. Die Corona-Krise veranlasste die Bundesregierung nun zu einer 180 Grad-Wende: Plötzlich ist massig Geld da und die Milliardenkredite sprudeln aus der Staatskasse. Allerdings fließen diese nicht in öffentliche Dienstleistungen oder Sozialhilfe sondern in die Privatwirtschaft. Geld scheint also eigentlich da zu sein, wenn es einen politischen Willen dafür gibt.

Wir sind keine Risikogruppe und trotzdem Opfer der Pandemie!

Trotzdem wird sich die erwartete Rezession so nicht aufhalten lassen. Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren trotz riesiger Rettungspakete einen Abfall des BIPs, wie ihn Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr gesehen hat. Dabei werden es wir Frauen, People of Color und Jugendliche sein, die die wirtschaftlichen Folgen als erste zu spüren bekommen werden. So sind wir es, die ohnehin schon am wenigsten verdienen und nun auch als erste entlassen werden. In Deutschland ist die Jugendarbeitslosigkeit allein im März um 33 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. In Österreich sogar um 110 %! Und das obwohl die meisten Unternehmen ja gerade noch relativ flüssig sind und die große Pleitewelle erst im Herbst erwartet wird.

In Schule und Uni stehen nun durch die übereilten Öffnungen die Klassenarbeiten und Abschlussprüfungen an, die wir nun trotz massiv angestiegener

Bildungsungerechtigkeit überstehen müssen, damit das Bildungssystem fleißig seiner kapitalistischen Selektionsfunktion nachkommen kann. Wir schreiben alle die gleichen Prüfungen und werden gleich bewertet, obwohl es große Unterschiede dahingehend gab, wer zu Hause die Ruhe hatte sich zu konzentrieren, wessen Eltern unterstützen konnten und wer einen eigenen Computer zur Verfügung hatte. Zudem kam es mit dem Lockdown auch zu einem Anstieg an häuslicher Gewalt, von der vor allem wir Jugendlichen und Frauen betroffen sind.

Klassenkampf statt Nationalismus

Die Linke und die Gewerkschaften haben verpasst, auf die vielen Probleme des Lockdowns eine Antwort von links zu formulieren. Stattdessen sind sie auf Kuschelkurs mit dem Kapital gegangen und haben die „nationale Einheit“ statt Klassenkampf beschworen. Das hat dazu geführt, dass die Probleme vor allem von rechts angeprangert und mit einer reaktionären Weltsicht, Rassismus und Esoterik verbunden wurden. Dabei richteten sie sich in ihren sogenannten „Hygienedemos“ vor allem an das kleinbürgerliche Milieu, da kleine Unternehmen und Selbstständige besonders hart von der Krise betroffen sind, aber kaum vom Staat gerettet werden.

Wenn wir den Rechten das Feld nicht überlassen wollen und linke Antworten auf die Fragen der wirksamen Pandemiebekämpfung und die zu erwartenden sozialen Angriffe finden wollen, können wir es jedoch nicht nur bei „solidarischer Nachbarschaftshilfe“ und „Kiezarbeit“ belassen. Selbstorganisation ist zwar ein wichtiger Aspekt, kann aber nur die Symptome bekämpfen. Wenn wir uns also nicht immer nur gegen den gesellschaftlichen Mangel selbst organisieren wollen, müssen wir notwendigerweise die Machtfrage stellen. Also kann ich zwar zum Beispiel für meine 70-jährige Nachbarin in die Apotheke gehen, aber für die bestmögliche Bekämpfung der Pandemie müssten wir die gesamte Pharmaindustrie unter Arbeiter_innenkontrolle stellen.

Mit der Perspektive, die zentralen von der Pandemie betroffenen gesellschaftlichen Sektoren wie Gesundheitssystem, Produktion und Bildung unter demokratische Kontrolle zu bringen und nicht der kapitalistischen Profitlogik zu überlassen,

gibt es jedoch einen Weg, wie wir kollektiv und solidarisch gegen die Krise und gegen die Pandemie kämpfen können. Lasst und diese sozialistische Perspektive dem wachsenden Rassismus, Militarismus und Verschwörungstheorien entgegenstellen!

Wie kann eine globale Anti-Krisenbewegung aussehen?

Dafür müssen wir jetzt beginnen, eine Anti-Krisenbewegung aufzubauen. Indem wir uns dort organisieren, wo wir die Folgen der Krise gerade am ehesten spüren, ob in Schule, Uni, Krankenhaus oder Betrieb, können wir Widerstand gegen die Öffnungspolitik und die Entlassungen aufbauen, indem wir Werk- oder Schulschließungen durch Streiks und Besetzungen erzwingen. An SPD, Linkspartei und Gewerkschaften kommen wir mit diesem Vorhaben jedoch nicht vorbei, denn ein Großteil der organisierten Arbeiter_Innenklasse zählt zu ihren Mitgliedern. Doch um aktiven Widerstand zu leisten, brauchen sie scheinbar einen kräftigen Arschtritt! Lasst uns gemeinsame Mobilisierungen und Aktionskonferenzen starten, an denen wir alle gemeinsam über ein Programm und Aktionen diskutieren, das eine eigene unabhängige Stimme der Lohnabhängigen, Migrant_Innen und Jugendlichen hörbar macht. Dabei müssen wir den Anschluss an bestehende internationale Massenproteste wie die aktuelle Black-Lives-Matter-Bewegung suchen und Themen wie Polizeigewalt und Rassismus in unser Aktionsprogramm integrieren. Wenn eine Anti-Krisenbewegung nicht international ist, ist sie gar nicht, denn eine internationale Krise lässt sich nicht von einem Land aus bekämpfen. Nationale (Schein-)Lösungen bedeuten letztlich nur, dass andere Länder stärker ausgebeutet werden, um kleine Verbesserungen vor der eigenen Haustür zu schaffen. Nur mit einer konsequenten internationalistischen, klassenkämpferischen und antikapitalistischen Ausrichtung, kann eine solche Anti-Krisenbewegung erfolgreich sein!

Linke Politik in der Pandemie?! Teil 2: Die radikale Linke

Im ersten Teil der Serie zur linken Politik in der Corona-Pandemie haben wir uns bereits angeschaut, wie die Gewerkschaften gerade das Interesse der Arbeiter_innen den Interessen der Unternehmen unterordnen. Im zweiten Teil wollen wir nun den Fokus auf die Politik der radikalen Linken in Deutschland setzen.

Dazu muss erstmal geklärt werden, was die radikale Linke überhaupt ausmacht. Die so genannte radikale Linke ist kein einheitliches Kollektiv, sondern eher eine Vielzahl unterschiedlicher Organisationen, Gruppen und Strömungen, wie sie verschiedener kaum sein könnten. Wir fassen den Begriff hier mal weit und beziehen uns auf Linke, die irgendwie Kapitalismus doof finden und nicht im Parlament sitzen.

Wo wir uns aber alle einig sind, ist, dass die Corona-Krise eine tiefere Krise des Kapitalismus offenbart. Der Kapitalismus ist zwar nicht die Ursache der Pandemie, aber die der Krise, die aus der Pandemie und dem Umgang des Kapitalismus mit dieser folgt. Auch können wir uns gemeinsam hinter die Ablehnung gegen Grundrechtseinschränkungen, wie die Demonstrationseinschränkungen, soziale Angriffe, zB. Die erhöhte Reproduktions- und Sorgearbeit vor allem für Frauen*, und die in der Corona-Pandemie noch verschärfte Grenzabschottung stellen.

Das ist allgemein eine gute Grundlage für gemeinsame Politik. Es darf aber nicht nur bei seitenlangen Analysen und der Kritik am System verbleiben. Wir müssen auf die Straßen und uns organisieren, um unsere Forderungen und Ziele durchsetzen können. Doch hierbei gehen die Ansätze und Meinungen der verschiedenen Organisationen weeeeit auseinander.

Zurzeit werden unglaublich viele Texte produziert, wovon einige gar nicht mal so schlecht sind, jedoch wird kaum eine Taktik entwickelt, wie sich diese Krise angesichts der aktuellen Situation in die revolutionäre Praxis umsetzen lässt. Dabei wird kaum ein_e prekär beschäftigte_r Krankenpfleger_in sich von einem Blogbeitrag auf indymedia für den Kampf gegen den Kapitalismus und zur sozialistischen Revolution bewegen lassen.

Der 1.Mai als internationalen Kampftag der

Arbeiter_innenklasse ist traditionell ein guter Tag um zu beurteilen, wie es um die radikale Linke praktisch so steht. Der DGB sagte zunächst alle Kundgebungen und Demonstrationen ab und veranstaltete nur „Online-Kundgebungen“, in denen sich Spitzenfunktionäre dafür abfeierten, wie gut die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Unternehmen im Dienste des Wirtschaftsstandorts Deutschland funktioniert. Trotz der fehlenden Unterstützung des DGB und trotz des Demoverbots gingen am 01.05.20 einige 10.000 Menschen in Deutschland auf die Straßen, um für die Solidarität mit Geflüchteten, die Lösung sozialer Probleme und in diesen Coronazeiten vor allem für die Notwendigkeit und die (auch finanzielle) Anerkennung der Care-Berufe zu demonstrieren. Darunter waren auch einige kämpferische Gewerkschaftler_innen, die sich nicht so leicht vom DGB abspesen lassen wollten. Unter anderem machte die VGK (Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften) Kundgebungen, an denen auch wir von REVO uns beteiligten.

Wichtig jedoch ist, dass der 1. Mai kein Symbol bleibt, an dem man als radikale Linke mal kurz zeigt, dass man auch noch da ist. Stattdessen müssen die Proteste vom 1. Mai zum Funken für eine *massenhafte* Anti-Krisenbewegung gegen drohende Angriffe, gegen Grundrechtseinschränkungen, gegen Rassismus und für Solidarität werden. Denn wir können durch Streiks und Besetzungen bis hin zum Generalstreik die GroKo herausfordern und die Machtfrage stellen!

Die Basis einer solchen Bewegung müssen die in dieser Gesellschaft Marginalisierten sein. Dazu zählen zB. Jugendliche, Lohnabhängige, Studierende, Frauen, LGBTIA* und Migrant_innen. Wir dürfen uns deshalb nicht in linke „Szenearbeit“ verrennen, sondern müssen verschiedene Organisationen unserer Klasse verknüpfen und zur gemeinsamen Aktion auffordern. Wir brauchen deshalb auch einen Kampf mit und in den Gewerkschaften, um die Burgfriedenspolitik ihrer Führungen (siehe Teil 1) als wichtiges Standbein des kapitalistischen „Krisenmanagements“ anzugreifen.

Darüber hinaus reicht es nicht aus, nur Minimalforderungen (wie keine Entlassungen, mehr Geld für Pflegekräfte etc.) zu stellen, gleichzeitig aber dann zu sagen, „wir brauchen aber trotzdem jetzt den Kommunismus“, wie es zum Beispiel die MLPD und andere stalinistische Gruppen tun. Diese Forderungen sind zwar grundsätzlich richtig und wichtig, bleiben aber Minimalforderungen und müssen daher mit der Perspektive des Kommunismus zu Übergangsforderungen erweitert werden. Wir fordern daher eine Verstaatlichung des Gesundheitssystems und der

Pharmaindustrie unter der demokratischen Kontrolle der Beschäftigten und der Gesellschaft.

Und auch wenn wir die gesamte Gesellschaft radikal, also von Grund auf, zu einer besseren machen wollen, reicht es nicht aus, wenn wir nur „solidarische Nachbarschaftshilfe“ und „Kiezarbeit“ leisten, wie es viele (Post-)Autonome gerade postulieren. Selbstorganisation ist zwar ein wichtiger Aspekt, kann aber nur die Symptome bekämpfen. Wenn wir also nicht immer nur uns gegen die Mängel selbst organisieren wollen, müssen wir notwendigerweise die Machtfrage stellen. Also kann ich zwar zum Beispiel für meine Nachbarin in die Apotheke gehen, aber für die bestmögliche Bekämpfung der Pandemie müssen wir die gesamte Pharmaindustrie unter Arbeiter_innenkontrolle stellen.

Tatsächlich gibt es dafür gerade nur wenige Initiativen und Perspektiven aus den Reihen der radikalen Linken, von denen sich die Massen angezogen fühlen. Das führt dazu, dass dieses Feld gerade stark von Rechten besetzt und instrumentalisiert wird. Rechte sind gerade Veranstalter_innen und Redner_innen auf so genannten Hygienesymposien in vielen deutschen Städten, die auch viele Demonstrant_innen aus der bürgerlichen Mitte anziehen. Sie demonstrieren dabei gegen das aktuelle Krisenmanagement der Bundesregierung. Und diese Unzufriedenheit ist zum Teil auch gerechtfertigt. Der neu eingeführte 12-Stundentag, Grundrechtseinschränkungen oder Milliardenhilfen für Privatunternehmen sind Krisenmaßnahmen, die die Demonstrant_innen nicht hinnehmen wollen. Die radikale Linke versagt in dieser Situation den Menschen eine Perspektive zu bieten. Rechte Kräfte dagegen prangern diese Probleme an und verbinden sie mit einer reaktionären Weltsicht, Rassismus und Esoterik. Dabei richten sie sich eher an das kleinbürgerliche Milieu, da kleine Unternehmen und Selbstständige besonders hart von der Krise betroffen sind, aber kaum vom Staat gerettet werden. Sie erzählen deshalb dem Proletariat die Lüge, dass sie ein geeintes Interesse als das „Volk“ gegen die „Elite“ vertreten und bedienen sich so rassistischer und antisemitischer Denkmuster. Dass sich die Forderungen der Anti-Corona-Proteste sogar mit den Interessen des Kapitals decken, zeigt die vergleichsweise geringe Polizeirepression im Vergleich zu den linken Protesten am 1. Mai.

Nur durch eine klassenorientierte Anti-Krisenbewegung können wir den Rechten die Stirn bieten und eine gesellschaftliche Perspektive zum kapitalistischen Krisenmanagement aufwerfen.

Revo macht hier den Anfang und hat schon die Initiative ergriffen und versucht uns Jugendliche in Stellung zu bringen. Wir treten für den Schulstreik gegen die Schulwiederöffnungen ein! Wir wollen nicht nur Artikel schreiben und uns theoretisch mit den Inhalten auseinandersetzen, sondern uns in dort wo wir uns tagtäglich aufhalten - also in den Schulen, Unis und Betrieben - organisieren und uns aktiv an Kämpfen beteiligen, um eine massenhafte Bewegung auf die Beine zu stellen.

Im dritten Teil unserer Serie durchleuchten wir die Parteien die Linke und die SPD, also bleibt gespannt.